

Die "Care-Seite" der Repression : Konjunkturen eines akzeptanzorientierten Policing von Drogenkonsum in öffentlichen Räumen

Autor(en): **Piñeiro, Esteban / Pasche, Nathalie / Locher, Nora**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **SuchtMagazin**

Band (Jahr): **47 (2021)**

Heft 3-4

PDF erstellt am: **17.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-977266>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die «Care-Seite» der Repression: Konjunkturen eines akzeptanzorientierten Policing von Drogenkonsum in öffentlichen Räumen

2021-3&4
Jg. 47
S. 27 - 30

Kaum ein anderes Thema hielt die Schweiz in den 1990er-Jahren so in Atem wie die Drogenproblematik. Dazu trugen die offenen Drogenszenen entscheidend bei. Sie lieferten den Stoff jener massenmedial aufgekochten Dystopie, die die breite Öffentlichkeit in Aufruhr versetzen sollte. Sichtbar wurde aber nicht nur das Drogenelend der Menschen. Vorgeführt wurden auch eine beängstigende öffentliche Unordnung und der zwangsläufig tolerierte Rechtsverstoss. Um den Drogenkonsum im öffentlichen Raum nachhaltig regulieren zu können, bildeten sich eine fürsorgliche Variante der Repression und eine ordnungsschaffende Suchthilfe aus.

ESTEBAN PIÑEIRO

Prof. Dr., Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung ISOS, Hofackerstrasse 30, CH-4132 Muttenz, Tel. +41 (0)61 228 59 27, esteban.pineiro@fhnw.ch, <https://tinyurl.com/sxpd9bbb>

NATHALIE PASCHE

MA, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung ISOS, Hofackerstrasse 30, CH-4132 Muttenz, Tel. +41 (0)61 228 50 63, nathalie.pasche@fhnw.ch, <https://tinyurl.com/4vvm4f6>

NORA LOCHER

MA, Hochschule für Soziale Arbeit FHNW, Institut Sozialplanung, Organisationaler Wandel und Stadtentwicklung ISOS, Hofackerstrasse 30, CH-4132 Muttenz, Tel. +41 (0)61 228 61 29, nora.locher@fhnw.ch, <https://tinyurl.com/y54n44ux>

Drogenpolitische Adjustierungen

Dem staatlichen Gewaltmonopol wollte es partout nicht gelingen, mit repressiven Massnahmen den illegalen Drogenkonsum aus dem öffentlichen Raum zu verbannen. Weder mit Razzien und Verboten, noch mit Wegweisungen oder Räumungen liessen sich die offenen Drogenszenen auflösen. Der Gesundheitszustand der Abhängigen wurde nicht verbessert und der Drogenhandel konnte nicht nachhaltig unterdrückt werden. Vor diesem Hintergrund verhärtete sich in der Schweiz wie auch in vielen europäischen Ländern ein Konflikt zwischen liberal-permissiven und restriktiven drogenpolitischen Positionen, was zu einer Polarisierung zwischen Polizei und Strafverfolgungsbehörden auf der einen Seite und sozial(medizinisch)en Behandlungsdiensten auf der anderen Seite führte (Grob 2009).¹ Ende der 1980er-

Jahre kam es zu einer Verschiebung der taktischen Kalküle. Politische Kommissionen, Behörden und ExpertInnen kamen zum Schluss, dass die beste Lösung für das Drogenproblem in einer Kombination aus Schadensminimierung und restriktiven Massnahmen gefunden werden müsse (Olsen 2017: 152; BAG 2015: 50-67). Nach Jahren erfolgloser, einseitig repressiver und abstinenzorientierter Drogenpolitik und stetig negativen Erfahrungen mit den offenen Drogenszenen ergänzte der Schweizer Bund 1991 sein drogenpolitisches Drei-Säulen-Modell (Prävention, Therapie und Repression) mit der vierten Säule der Überlebenshilfe (Schicker & Inauen 2021: 193). Entscheidend war dabei, dass dieser neue drogenpolitische Ansatz nicht mehr vorwiegend auf Abstinenz ausgerichtet war, sondern primär einmal der Verminderung der gesundheitlichen und

sozialen Risiken des Drogenkonsums für die Konsumierenden sowie der negativen Folgen für die Gesellschaft dienen sollte (BAG 2015: 27; Menzi 2012: 27). Im Zuge dieser drogenpolitischen Reform begann sich die Beziehung zwischen den Institutionen der Suchthilfe und der polizeilichen Kontrolle sowie der justizialen Bestrafung langsam zu entkrampfen (Piñeiro & Pasche 2015). Erst diese drogenpolitische Reform, so das Bundesamt für Gesundheit (BAG 2015: 19), führte zu jener Politik, die die offenen Drogenszenen (offenbar) zum Verschwinden bringen sollte.

Regulative Effekte der Überlebenshilfe

«Der Wendepunkt in der Drogenpolitik» war gemäss BAG (2015: 21) die «Abkehr von der Ansicht, Drogenkonsumierende in erster Linie als Kriminelle zu be-

trachten. Drogenabhängigkeit wurde nun als Krankheit anerkannt, für die entsprechende Hilfsstrukturen aufgebaut wurden» (ebd.). Die vierte Säule der Überlebenshilfe, die inzwischen in «Schadensminderung und Risikominimierung» (ebd.: 26f.) umbenannt wurde, führte in den 1990er-Jahren zur Einrichtung der ersten Drogeninjektionsräume und Spritzenaustauschprojekte, zu einer niederschweligen Methadonversorgung und schliesslich auch zur diacetylmorphingestützten (heroingestützten) Behandlung. Gemeinsam mit weiteren Angeboten wie Gassenküchen, begleiteten Wohnangeboten oder Beschäftigungsprogrammen bilden diese Einrichtungen das Netz der akzeptanzorientierten Suchthilfe – das «letzte Auffangbecken, wenn die Prävention nichts abwenden, die Repression nicht abschrecken und die Therapie keinen nachhaltigen Weg aufzeigen konnte» (Schicker & Inauen 2021: 206). Die Integration der Drogenkonsumierenden in das gesundheitliche und soziale Netz der Schadensminderung liess das süchtige Leben risikoärmer werden. Sie trug gleichzeitig auch entscheidend dazu bei, den Konsum und den Handel von der offenen Strasse nachhaltig zu verdrängen (Akeret 2014: 4; Menzi 2012: 28). Als die Polizei Mitte der 1990er-Jahre begann, die offenen Szenen flächendeckend aufzulösen, verschoben sich die informellen offenen Szenen in die professionell substituierten Räume der Überlebenshilfe. Richten sich diese niederschweligen akzeptanzorientierten Angebote doch insbesondere an jene Süchtigen, deren problematisiertes Suchtverhalten sich ansonsten vermehrt in der Öffentlichkeit zeigt und sich damit zu einer eigentlichen offenen Szene verdichten könnte.

Schadensmindernde Repression

Mit der Akzeptanzorientierung und Schadensminderung wurde aber keineswegs das «Ende der repressiven Drogenpolitik» eingeläutet (Cattacin 2012: 10). Nach wie vor werden Szenenbildungen, Drogenhandel und Drogenkonsum in öffentlichen Räumen staatlich kontrolliert und strafrechtlich verfolgt (Zwahlen 2018: 6). Während Einrichtungen der Schadensminderung durch ihr akzeptanzorientiertes Angebot eine anziehende Wirkung auf Drogenabhängige ausüben und diese

damit quasi absorbieren (und so aus der Öffentlichkeit wegbringen, was letztlich eine Szenenbildung dämpft), wirken sich repressive Massnahmen auf Drogenkonsumierende in der Öffentlichkeit tendenziell verdrängend aus. Dabei zeigt sich, dass nicht nur die Suchthilfe akzeptanzorientierter wurde. Vielmehr dehnte sich dieses Prinzip auch auf die Säule der Repression aus. So bringt die aktuelle Drogenpolitik gegenüber ihrem repressiven Vorgehen eine neue Haltung zum Ausdruck. In der gegenwärtigen Suchtstrategie des Bundes wird die drogenpolitische Säule der «Repression» neu «Regulierung und Vollzug» benannt (BAG 2015: 58). Die offizielle Suchtpolitik strebt damit eine «Umsetzung der Gesetze unter Berücksichtigung gesundheitlicher Aspekte» an (ebd.). Hiernach soll der repressive Arm des Staates seine Kriminalitätsverfolgung und punitiven Massnahmen so ausgestalten, dass die negativen Folgen für Süchtige und für die Gesellschaft möglichst gering bleiben. Nach wie vor zielt aber die repressive Säule «Regulierung und Vollzug» auf die «Bekämpfung der unbefugten Produktion sowie des illegalen Handels und des Konsums» (ebd.). Und auch der Konsum illegaler Substanzen bleibt weiterhin strafbar, womit er Gegenstand der «Verfolgung und strafrechtlichen Ahndung» ist (ebd.). Betont wird nun jedoch, dass «negative Auswirkungen auf die Konsumierenden (wie bspw. Überdosierungen), die durch die Kriminalisierung entstehen», verhindert werden sollen (ebd.: 27). Durch die Zusammenarbeit zwischen den «Akteuren der Suchthilfe mit der Polizei» liesse sich dies erreichen und hier sei die «Beachtung gesundheitlicher Aspekte besonders wichtig» (ebd.; ebd.: 58). Die offizielle Suchtstrategie setzt auf die Weiterentwicklung dieser Zusammenarbeit, auf «gemeinsame Fortbildungen für Fachleute und Kader aus der Suchthilfe und der Polizei», was auch «ausschlaggebend für den Erfolg der Viersäulenpolitik und die öffentliche Ordnung» sei (ebd.: 59). Die repressive Regulierung des Drogenkonsums in öffentlichen Zonen soll also unter Berücksichtigung der Maximen der Schadensminderung erfolgen.

Inwiefern zeigen sich nun diese neuen programmatischen Elemente der Schweizer Suchtpolitik auf Ebene der konkreten Überwachung und Kontrolle des Drogen-

konsums in öffentlichen Räumen? In unserer Forschung² wie auch in vielen internationalen Studien zeichnet sich der akzeptanzorientierte Strategie-Mix einer *schadensmindernden Repression* wie auch einer *ordnungsdienstlichen Suchthilfe* deutlich ab.

Internationaler Forschungsstand

In der Forschung finden sich viele Hinweise, wie sich die bisherige Praxis der einseitigen repressiven Kontrolle des illegalen Drogenkonsums im öffentlichen Raum veränderte. Inzwischen spielen auch weichere Techniken der Regulierung eine wichtige Rolle. Zudem werden institutionelle Formen der Überwachung und Kontrolle (Policing) nicht nur von der Polizei als Organisation wahrgenommen (Schwell 2008). Vielmehr werden typische Policing-Aufgaben, wie die Überwachung, Kontrolle und Regulierung des öffentlichen Raumes, vermehrt auch von nichtpolizeilichen AkteurInnen ausgeführt. Hier gewinnen wohlfahrtsstaatliche Einrichtungen und privat(wirtschaftliche) sowie zivilgesellschaftliche Organisationen an Bedeutung. Zum *polizeilichen Policing* zeigen verschiedene Studien, wie in unterschiedlichen Ländern Polizeieinheiten gegenüber Suchtmittelabhängigen eine akzeptanzorientierte Haltung einnehmen und versuchen, diese im Rahmen ihrer Polizeiarbeit an soziale und Gesundheitsdienste zu vermitteln oder sie zur Nutzung schadensmindernder Massnahmen zu motivieren (Herbert et al. 2018; Olsen 2017; Skrinjar & Johansson 2001). Methodische Ansätze wie das Soft- oder Therapeutic-Policing weisen darauf hin, dass bei der polizeilichen Kontrolle öffentlicher Räume nicht nur die strafrechtliche, sondern auch die soziale Dimension eine wichtige Rolle spielt. Illegaler Drogenkonsum wird dabei nicht auf eine kriminelle Handlung reduziert, sondern auch als soziales Problem gesehen oder als individuelle Not anerkannt. Bei einem solchen schadensmindernden Policing-Ansatz vermengen sich Fürsorge und Care-Handlungen mit dem eigentlich repressiven Sicherheits- und Ordnungsauftrag der Polizei (De Koning 2017). Eine umgekehrte Tendenz lässt sich bei der niederschweligen Sozialen Arbeit im öffentlichen Raum feststellen. Zunehmend kommt ihr im Rahmen neuer Sicherheits-

politiken eine wichtige Rolle zu, wobei sie bei ihrem «Social Policing» nebst den Interessen ihrer Klientel auch sicherheits- oder ordnungspolitische Aufgaben wahrnimmt (Huber 2014; Bonnet 2009). Seit den 2000er-Jahren wurden in vielen Schweizer Städten neuartige Organisationen der niederschweligen aufsuchenden Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben (ASOA)³ geschaffen, die in der deutschsprachigen Schweiz unter dem Namen «SIP» (Sicherheit, Intervention, Prävention) und in der französischsprachigen Schweiz unter dem Namen «CN» (Correspondants de Nuit) bekannt sind. Unsere Forschung zeigt, dass ihnen beim «Social Policing» von Drogenkonsum im öffentlichen Raum eine zentrale Rolle zukommt.

In einem weiteren Schritt zeigen wir anhand von zwei von uns beforschten exemplarischen Organisationen auf, wie sich der akzeptanzorientierte Strategie-Mix einer *schadensmindernden Repression* wie auch einer *ordnungsdienstlichen Suchthilfe* als konkrete Praxen des polizeilichen und sozialen Policing vollzieht: zum einen das Vorgehen der spezialisierten Polizeieinheit «Gruppe» (anonymisiert), die den Handel und Konsum von illegalen Drogen im öffentlichen Raum ahndet; zum anderen die regulierende Arbeit der aufsuchenden Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben (ASOA).

Das polizeiliche Policing der «Gruppe»

Eine der Haupttätigkeiten der Polizeieinheit «Gruppe» ist «die Verhinderung einer offenen Drogenszene».⁴ Die Polizei ist in Zivil «auf der Gasse» unterwegs und kontrolliert Drogenabhängige im öffentlichen städtischen Raum. Durch ihren legeren Kleidungsstil sind sie für die Bevölkerung nicht gleich als Polizistinnen und Polizisten erkennbar, tragen aber dennoch unauffällig Waffen und Eingriffsmittel wie Pistole oder Handschellen mit sich (unter ihren Kleidern). Sie positionieren sich «nahe an der Drogenszene», sowohl räumlich wie auch im Kontakt zu den Drogenabhängigen – worin sich ihr akzeptanzorientierter Arbeitsansatz zeigt: Durch die polizeiliche Ermittlungspraxis, z. B. das verdeckte Verfolgen, Beobachten und Kontrollieren von ver-

dächtigten Personen, kennen sie die DrogenkonsumentInnen häufig recht gut. Die «Gruppe» pflegt freundschaftliche, quasi-informelle Beziehungen mit einigen von ihnen, die sie laufend wieder antrifft. Die Durchsuchung der Abhängigen wird häufig von lockeren Smalltalks begleitet, z. B. über bevorstehende Gefängnisenthalte, berufliche oder (Ausbildungs-) Ziele, über gemeinsame Bekannte oder jüngste Ereignisse. Die «Gruppe» ist sehr gut informiert, kennt die Suchtbiografien der Einzelnen. Sie gibt ihnen Tipps zu sozialen Angeboten oder empfiehlt, je nach Gesundheitszustand, einen Drogenentzug. Bei der locker wirkenden Durchsuchung der Süchtigen erfährt die «Gruppe» gleichzeitig auch weitere einschlägige Konsumorte und lässt sich quasi nebenbei über Entwicklungen auf dem «Markt» aufklären (Preise, Angebot und Nachfrage). Das Ineinandergreifen von Repression und niederschwelliger Fürsorge ermöglicht der «Gruppe» letztlich, die ansässige «Drogenszene» zu regulieren und potenzielle Veränderungen (Expansionen der Szene, neue Konsumierende, steigende Marktpreise etc.) im Blick zu behalten. Pragmatisches Ziel ist dabei, die ansässige Drogenszene in ihrer Grösse beizubehalten, statt sie gänzlich aufzulösen. Ihren repressiven Auftrag setzt sie mit einer grundsätzlich akzeptanzorientierten Haltung um. Die «Gruppe» hat ihre polizeiliche Praxis in gewisser Hinsicht an das Verhalten der Suchtmittelabhängigen angepasst. Sie entwickelte ein szenentaugliches Policing, das gleichermaßen repressiv wie schadensmindernde Elemente beinhaltet (Pasche et al. 2018; Piñeiro et al. 2021).

Das «Social Policing» der ASOA

Die rund 18 in der Schweiz existierenden ASOA-Organisationen wurden aufgrund von regionalen politischen Prozessen in den städtischen Regierungen und Gemeinden initiiert, um sich sozialen Problemen und Nutzungskonflikten im öffentlichen Raum anzunehmen. Sie bilden Teil der kommunalen Verwaltungsstrukturen und gehören entweder den Sozial- oder den Sicherheitsabteilungen an. Abhängig vom politischen Mandat operieren sie als (halb)uniformierte mobile Interventionsgruppen, patrouillieren in Quartieren,

Schul- und Parkanlagen oder Strassenabschnitten und suchen einschlägige Plätze auf, an denen illegale Drogen öffentlich konsumiert werden – aber auch obdachlose Menschen übernachten oder Jugendliche exzessiv Alkohol konsumieren sowie Lärm verursachen. Die ASOAs kombinieren nach eigenen Angaben Methoden der Sozialen Arbeit mit ordnungsdienstlichen Ansätzen und schliessen damit eine bestehende Lücke zwischen Sozialarbeit und Polizei. Das führte auch schon zur Redewendung «Sozialarbeiter als Sheriff».⁵ Suchtstrategisch nimmt ein Teil der ASOA-Organisationen Aufgaben einer aufsuchenden Suchthilfe wahr, kommen hier doch ähnliche Ansätze wie bei der niederschweligen mobilen Jugend- oder Strassensozialarbeit zur Anwendung. Allerdings steht bei diesem Typus der ordnungsdienstlichen Suchthilfe primär die öffentliche Ordnung im Zentrum: Orte des illegalen Drogenkonsums (öffentliche Toiletten, Parkanlagen) werden gezielt inspiziert, Drogenkonsumierende aus der Öffentlichkeit weggewiesen und an die Kontakt- und Anlaufstellen (K&A) vermittelt. Gänzlich anders als bei der aufsuchenden Jugend- oder Sozialarbeit dienen Akzeptanzorientierung und Schadensminderung hier letztlich der Erhöhung des öffentlichen Sicherheitsgefühls und der Durchsetzung der öffentlichen Ordnung – im Grunde genommen eine klassische polizeiliche Aufgabe. Dabei verfügen die ASOAs aber über keine hoheitlichen Eingriffskompetenzen. Nehmen sie Konflikte oder Personen aufgrund eines auffälligen oder störenden Verhaltens wahr, so verfahren sie typischerweise dialogisch. Statt zwangsförmig einzugreifen, zu verbieten oder zu verordnen, arbeiten die ASOAs kommunikativ, bauen Vertrauensbeziehungen auf, vermitteln und motivieren, um letztlich aber bestimmte öffentliche Ordnungsziele zu erreichen.

Fazit

Beide untersuchten Organisationen zeichnen sich durch ein Policing von Süchtigen und Drogenkonsum im öffentlichen Raum aus, das sich als eine Hybris repressiv-regulierender und schadensmindernder Elemente zeigt. Während die «Gruppe» eine fürsorgliche Zuwendung im Zeichen ihrer eigentlich repressiven Ordnungsarbeit

leistet, betreibt die ASOA regulierende Ordnungsarbeit im Zeichen einer aufsuchenden Sozialbetreuung. Auch wenn die Polizeieinheit der suchtpolitischen Säule der «Regulierung und Vollzug» zuzuordnen ist, wird ihre Policing-Praxis von einer akzeptanzorientierten Haltung getragen und mit Aspekten der Schadensminderung vermengt. Umgekehrt legt die soziale Selbstdeklaration der ASOA-Organisationen deren Nähe zur Säule der «Schadensminderung und Risikominimierung» nahe. Ihre Praxis verschleiert den regulativen Policing-Auftrag und weicht die repressiven Züge ihrer räumlichen Kontrolle auf. Was als klassische Polizeiaufgabe galt – die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (Regulierung) –, wird heute auch von anderen Akteurinnen und Akteuren der öffentlichen Verwaltung wie die ASOA wahrgenommen. Und niederschwellige Hilfestellungen, die dem Handlungsfeld der Suchthilfe zugeordnet werden (Schadensminderung), nehmen auch Polizeieinheiten wie die «Gruppe» wahr. Insgesamt zeigt sich, dass beim Management der Drogenkonsumierenden in der Öffentlichkeit eine Haltung der Akzeptanzorientierung von grosser Bedeutung ist – gleichwohl, ob dabei die Polizei oder andere Organisationen der Sozialverwaltung intervenieren. Heute treffen wir auf ein heterogenes Feld unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure des Policing, die Überwachungstätigkeiten und Aufgaben der Ordnungsproduktion wahrnehmen. Der Blick auf die Entwicklungen der Suchtpolitik des Bundes zeigt nicht nur, wie sich die vier zentralen Säulen ausbildeten, sondern auch, wie diese mit der gegenwärtigen Nationalen Strategie Sucht einander gegenüber durchlässiger wurden. Darüber hinaus weisen unsere empirischen Analysen auf eine Tendenz zur Schaffung hybrider Organisationsformen hin, denen es ohne weiteres gelingt, sehr unterschiedliche Prinzipien (repressiv, akzeptanzorientiert), Aufgaben (ordnungsdienstliche Kontrolle, Hilfe und Betreuung) oder Funktionen (Schadensminderung, Regulierung des öffentlichen Raumes) miteinander zu verbinden. An dieser Stelle sei doch die These gewagt, dass erst diese «Care-Seite» der Repression und akzeptanzorientierten

Ordnungsproduktion die offenen Drogen-szenen klein und handhabbar hält (aber nicht zum Verschwinden bringt), Szenenbildungen laufend in die professionell gestalteten Milieus der niederschweligen Suchthilfe einzubinden hilft und damit einem unkontrollierten Anwachsen der Szenen im öffentlichen Raum entgegen-gewirkt.

Literatur

- Akeret, R. (2014): Schadensminderung! SuchtMagazin 40(2): 4-7.
- BAG – Bundesamt für Gesundheit (2015): Nationale Strategie Sucht 2017–2024. Bern: BAG.
- Bonnet, F. (2009): Managing marginality in railway stations: Beyond the welfare and social control debate. *International Journal of Urban and Regional Research* 33(4): 1029-1044.
- Cattacin, S. (2012): Drogenpolitik als Gesellschaftspolitik: Rückblick und Ausblick. *SuchtMagazin* 38(2): 9-12.
- De Koning, A. (2017): «Handled with care»: Diffuse policing and the production of inequality in Amsterdam. *Ethnography* 18(4): 535-555.
- Grob, P.J. (2009): Zürcher «Needle-Park». Ein Stück Drogen-geschichte und -politik 1968-2008. Zürich: Chronos.
- Herbert, S./Beckett, K./Stuart, F. (2018): Policing social marginality: Contrasting approaches. *Law & Social Inquiry* 43(4): 1491-1513.
- Huber, S. (2014): Zwischen den Stühlen. Mobile und aufsuchende Jugendarbeit im Spannungsfeld von Aneignung und Ordnungspolitik. Wiesbaden: Springer VS.
- Menzi, P. (2012): Schadensminderung – unverzichtbarer Teil einer kohärenten Suchtpolitik. *SuchtMagazin* 38(2): 27-33.
- Olsen, H. (2017): Open drug scenes and police strategies in Oslo, Norway. *Journal of Scandinavian Studies in Criminology and Crime Prevention* 18(2): 141-156.
- Pasche, N./Piñeiro, E./Koch, M. (2018): «Wir sind die Polizei. Das Schlusswort haben wir.» (Un)doing authority in einem Schweizer Polizeidienst. S. 41-57 in: B. Frevel/H. Gross (Hrsg.), *Polizei im Spannungsfeld von Autorität, Legitimität und Kompetenz*. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaften.
- Piñeiro, E./Koch, M./Pasche, N. (2021): Undoing ethnicity im öffentlichen Dienst. Ethnografien zum ethnischen Differenzieren am Beispiel von Jugendamt und Polizei. Zürich: Seismo.
- Piñeiro, E./Pasche, N./Koch, M. (2016): Kooperative Ordnungsproduktion. Blicke auf das Verhältnis von Sozialer Arbeit und Polizei. *SozialAktuell* 48(6): 10-14.
- Piñeiro, E./Pasche, N. (2015): Der Wille zur Kooperation: Suchthilfe und Polizei im Vergleich. *SuchtMagazin* 41(5): 10-15.
- Piñeiro, E. (2012): Topologie der drogenpolitischen Steuerung. *SuchtMagazin* 38(6): 15-17.
- Schicker, F./Inauen, N. (2021): Von umstrittenen Pionierprojekten zum Erfolgsmodell. S. 193-208 in: M. Krebs/R. Mäder/T. Mezzera (Hrsg.),

Soziale Arbeit und Sucht. Eine Bestandesaufnahme aus der Praxis. Wiesbaden: Springer VS.

- Schwell, A. (2008): Rahmenbedingungen polizeilicher Kooperation. S. 37-68 in: A. Schwell (Hrsg.), *Europa an der Oder: Die Konstruktion europäischer Sicherheit an der deutsch-polnischen Grenze*. Bielefeld: transcript.
- Skrinjar, M./Johansson, P. (2001): Kontrollanten som hjälpare och hjälparen som kontrollant: Polis och socialarbetare yrkesroller i arbetet med narkotikamissbrukare. S. 203-218 in: H. Ölafsdóttir (Hrsg.), *Skyldig eller sjuk? Om valet av påföljd för narkotikabruk*. Helsinki: Nordic Council for Alcohol and Drug Research (NAD).
- Zwahlen, F./Isenhardt, A./Hostettler, U. (2018): Bericht Datenauswertung «Umfrage Suchthilfe und Polizei» zuhanden des Bundesamts für Gesundheit. <https://tinyurl.com/h9utaemn>, Zugriff 15.03.2021.

Endnoten

- ¹ Vgl. allgemeiner zum Verhältnis von Sozialer Arbeit und Polizei: Piñeiro et al. 2016.
- ² Im vorliegenden Artikel wird auf Ergebnisse aus zwei vom Schweizerischen Nationalfonds (SNF) finanzierten Forschungsprojekten zurückgegriffen: Zum einen aus dem laufenden Projekt «In der Lücke zwischen Sozialarbeit und Polizei? Ethnographische Perspektiven auf multiple institutionelle Logiken in der aufsuchenden Sozialarbeit mit ordnungsdienstlichen Aufgaben» (2018-2021) (<http://p3.snf.ch/project-178898>, Zugriff 03.06.2021). Zum anderen aus dem abgeschlossenen Forschungsprojekt «Interkulturelle Öffnung der Institutionen. Herkunftsbezogene Differenz in der Schweizer Street-Level Bureaucracy» (2014-2016) (<http://p3.snf.ch/project-146029> und <https://tinyurl.com/zxks>, Zugriff 03.06.2021). Beide Projekte arbeiten mit einem ethnografischen Design.
- ³ Aus Datenschutzgründen verwenden wir für diesen Typus von Organisationen die einheitliche Abkürzung ASOA.
- ⁴ Bei Aussagen in Anführungs- und Schlusszeichen handelt es sich um Zitate aus unserem erhobenen Forschungsmaterial (Beobachtungsprotokolle, Interviews, schriftliche Dokumente). Aus Datenschutzgründen wurden alle Organisationen und Personen anonymisiert.
- ⁵ WOZ (2015): Der Sozialarbeiter als Sheriff. WOZ – Die Wochenzeitung WOZ Nr. 36: <https://www.woz.ch/-6223>, Zugriff 15.03.2021.